

Landtagspräsidentin Brakebusch beschließt die Wanderausstellung „Heimat im Krieg 1914/18 – Spurensuche in Sachsen-Anhalt“

Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch beschließt als Schirmherrin gemeinsam mit den Ausstellungsmachern und Gästen

am Samstag, 30. März 2019, 10.00 Uhr
im Paradiessaal im Dom und Prignitz-Museum am Dom,
Domplatz 3 in 39539 Havelberg.

die Wanderausstellung „Heimat im Krieg 1914/18 – Spurensuche in Sachsen-Anhalt“ während einer feierlichen Finissage.

Die Ausstellung, die zuletzt im Prignitz-Museum Havelberg gezeigt wird, befasst sich mit dem Alltag der Menschen in den Städten und Dörfern Sachsens-Anhalts während des Ersten Weltkriegs (1914–1918). Ziel war und ist es, über Originaldokumente, Briefe, Tagebücher, Erinnerungsfotos und weitere Exponate, die aus über 20 regionalen Museen zusammengetragen worden waren, die verschiedensten Lebensbereiche in der Kriegszeit und den Alltag zu beleuchten. Annähernd fünf Jahre lang wurde die Ausstellung seit 2014 an insgesamt 19 wechselnden Orten gezeigt.

„Die professionelle Aufbereitung von Themen und Exponaten wies stets über das Persönliche hinaus und bettete es in die politische Geschichte ein“, resümiert Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch am Ende der Ausstellungsreise. „Wer die Geschichte verstehen will, kann sich an Fakten orientieren, aber die Fülle der ausgewählten Museumsexponate zeigt auf eine eigene anrührende Weise die oft schwer fassbaren alltäglichen und emotionalen Aspekte unserer Geschichte.“

Viele Errungenschaften aus dieser Zeit prägten unser Zusammenleben bis heute: Freie Wahlen, Frauenwahlrecht, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit und sozialer Fortschritt. „Obwohl 100 Jahre alt, haben diese Ideen nichts an gesellschaftlicher Kraft verloren. Sie sind auch heute Stabilitätsanker unserer Demokratie“, betonte die Landtagspräsidentin. „Vor 100 Jahren begann die erste Demokratie auf deutschem Boden und es startete der Aufbruch in die Moderne. Unsere heutige Verfassung, unser Grundgesetz, wird in diesem Jahr 70 Jahre alt. Beides gilt es in demokratischen Prozessen zu schützen.“